

EU-Ratspräsidentschaft, für die u.a. das Ziel ausgegeben wurde, sich im Bereich des Umweltschutzes besonders zu engagieren. Dennoch sprach sich Polen beim EU-Gipfeltreffen zu einer gemeinsamen Strategie bei der COP16 gegen ehrgeizigere Klimaziele der EU aus und betonte in offiziellen Statements vor allem die Bedeutung der innereuropäischen Einigkeit. Seitens des polnischen Umweltministeriums wurde vor Beginn des Gipfels vor allem die herausragende Bedeutung dieser Konferenz für die Erstellung eines gemeinsamen Klimaabkommens, das nach Ablauf des Kyoto-Protokolls Gültigkeit erlangen soll, betont. Eine enge Zielformulierung wurde nicht genannt. Nur über die allgemeine Wichtigkeit einer internationalen Vereinbarung zum Klimaschutz, um den mit der wirtschaftlichen Entwicklung und modernen Lebensweise zusammenhängenden Energie- und Ressourcenverbrauch zukunftsfähig zu gestalten, wurde informiert.

Die Bewertungen des Konferenzergebnisses in Polen fallen unterschiedlich aus. Während in der offiziellen Presseerklärung des Umweltministeriums die zum Ende des Gipfels verabschiedete gemeinsame

Erklärung als Erfolg dargestellt wird, bezeichnet Minister Janusz Zaleski den Gipfel als ineffektiv und das Ergebnis als verantwortungslos gegenüber den zukünftigen Generationen. Im offiziellen Statement des Ministeriums wird die verabschiedete Vereinbarung als gutes Fundament für die Abschlussverhandlungen eines verbindlichen Nachfolgeabkommens im nächsten Jahr bewertet. Dies sei vor allem dahingehend wichtig, da Polen 2011 durch die EU-Ratspräsidentschaft zum Verhandlungsführer der EU wird. Auch wird positiv hervorgehoben, dass während des Gipfels ein Treffen mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft stattfand. Interessanterweise taucht in der Berichterstattung über die COP16-Konferenz in Cancún vor allem immer wieder die bedeutende Rolle der polnischen Diplomatie und damit die Sichtbarkeit und internationale Bedeutung Polens auf. Vielmehr als die ausgehandelten Ergebnisse werden die Leistungen der Diplomaten als solche, d.h. die aktive Teilnahme der polnischen Delegation an allen Diskussions- und Verhandlungsforen, betont. Polen sei sichtbar und sehr präsent gewesen und als ein ernsthafter Player in diesem Bereich wahrgenommen worden.

RUMÄNIEN

Silvian Ionescu¹

NATIONALE UND INTERNATIONALE KLIMAPOLITIK RUMÄNIENS

Rumänien hatte in der Zeitspanne Mai 2010 bis Mai 2011 den Vorsitz des Ausschusses für Nachhaltige Entwicklung der UNO inne und beschäftigte sich in dieser Eigenschaft mit der Vorbereitung der Umweltkonferenz 2012 in Rio de Janeiro und der Ausarbeitung eines rechtskräftigen, global umfassenden Abkommens zum Klimawandel. Innenpolitisch setzte Rumänien als Prioritäten für die kommenden Jahre die Nutzung Erneuerbarer Energien, die Bekämpfung der Folgen von Fluten und die Umsetzung des Programms Natura 2000. Der Allgemeine Rahmen der Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels wurde in der Strategie zum Klimawandel und in dem Aktionsplan zum Klimawandel von 2005 bis 2006 festgelegt. Weitere Studien zur Auswirkung

des Klimawandels müssen durchgeführt werden, besonders in Bereichen wie Landwirtschaft, Energie, Transport, Gesundheit und Industrie.

DIE AUSWIRKUNGEN UND PERSPEKTIVEN DES KLIMAWANDELS IN RUMÄNIEN

Bereits die Ergebnisse von Wetterbeobachtungen in der Zeitspanne 1901 bis 2000 bestätigten für Rumänien ein Ansteigen der Frequenz extremer Wetterbedingungen als Konsequenz des Klimawandels. Alleine in den Jahren 2000 bis 2008 wurde Rumänien mit den Auswirkungen von zwei extremen Phänomenen konfrontiert: die Dürren von 2000 und 2007 und die Flut von 2005. In der Zeitspanne 1901 bis 2000 führte der Klimawandel zu einer – zwar im Vergleich mit den globalen Werten geringeren – Veränderung der Durchschnittswerte von 0,3 Grad Celsius, allerdings gab es starke regionale Prägungen. Festgestellt wurden ein überdurchschnittliches Temperaturwachstum im Süden und Osten und unbedeutende Veränderungen der Werte im Inneren des Karpatenbogens. Eine stärkere Erwärmung führt seit 1961 zur Erhöhung der Frequenz der tropischen Tage und zur Reduzierung der Anzahl der Wintertage sowie zur Erhöhung der unteren Tem-

1 | [Silvian Ionescu ist Leiter der rumänischen Umweltaufsichtsbehörde \(Garda de mediu\). Der Beitrag gibt ausschließlich die Meinung des Autors wieder.](#)

peraturwerte im Sommer. Der Klimawandel führte in der Zeitspanne 1901 bis 2000 zu einer Verringerung des Niederschlags (Regen und Schnee) und zu einer Verlängerung der Dürreperioden seit 1980, besonders im Süd-Westen (mit extremen Auswirkungen in der Region Oltenia) und Westen, mit einem Höhepunkt im Jahr 2007. Die Minderung des Regen- und Schneefalls führte zur Senkung der Volumen der Gewässer, besonders im Süden und Süd-Osten.

Entsprechend den Prognosen des 4. Berichts des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimawandel ist zu erwarten, dass die Durchschnittstemperaturen, wie allgemein in Europa, auch in Rumänien besonders gegen Ende des 21. Jahrhunderts zunehmen werden. Aufbauend auf Regenmessung deuten über 90 Prozent der Prognosen in der Zeitspanne 2090 bis 2099 auf beträchtliche Dürreperioden im Sommer, besonders im Süden und Süd-Osten des Landes, und auf geringfügige Unterschiede zu den gegenwärtigen Werten im Winter hin.

Den bisher in Rumänien durchgeführten Studien zur Auswirkung des Klimawandels fehlt es aber insgesamt noch an Genauigkeit und Vollständigkeit. Forschungsbedarf besteht unter anderem bei der Identifizierung der im Falle extremer Wetterereignisse besonders gefährdeten Gebiete und Bestandteile des Ökosystems, der detaillierten Analyse und Bewertung des Klimawandels in Rumänien auf der Basis der in der Zeitspanne 1961 bis 2007 erhobenen Daten, der Entwicklung von Statistiken zur Erfassung der Auswirkungen des Klimawandels in Rumänien sowie der Entwicklung und Durchführung von Experimenten zur Erarbeitung weiterer Prognosen zum Klimawandel für Rumänien.

Die mit dem Klimawandel einhergehende Erhöhung der Temperaturen, die Veränderung des Regen- und Schneefalls und die extremen Wetterphänomene haben – je nach Vulnerabilität – unterschiedliche und unterschiedlich starke Auswirkungen auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Lebensbereiche. Zu nennen sind Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, die Landwirtschaft, die Wasserwirtschaft, das Bauwesen, den Tourismus, den Energiesektor, die Industrie, das Transportwesen, die Gesundheit und die Freizeitgestaltung. Indirekt betroffen sind die Lebensmittelindustrie, die Möbel- und Textilindustrie, die Produktion von Biomasse und die Erneuerbaren Energien. Die Komplexität der Wirkungen zeigt sich zum Beispiel daran, dass durch Dürren im Süden und Süd-Osten des Landes die Produktion von Energie durch Wasserkraftwerke beeinträchtigt werden könnte. Gleichzeitig könnte die Erhöhung der Temperaturen einerseits im Winter zu einer Senkung der Energiekosten für Heizung um sechs bis acht Prozent und andererseits im

Sommer zur Erhöhung der Energiekosten für Klimatisierung um 28 Prozent führen.

DAS THEMA KLIMAWANDEL UND UMWELTKATASTROPHEN IN DEN MEDIEN

In das öffentliche Bewusstsein Rumäniens sind Fragen der Umweltzerstörung und des Klimawandels noch nicht ausreichend eingedrungen. Die rumänischen Medien behandeln das Thema Klimawandel vor allem in den globalen Zusammenhängen und Auswirkungen. Die Ursachen des Klimawandels werden beschrieben und der Zusammenhang zwischen globalen Veränderungen und extremen Wetterphänomenen im Lande erörtert. Erwähnung finden auch Katastrophenszenarien wie das vermeintliche Ende der Welt im Jahr 2012, eine neue Eiszeit oder eine Desertifikation des Südens des Landes mit Auswirkung auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung etc. Die mediale Berichterstattung nach den Fluten des Jahres 2005 führte in der Öffentlichkeit zu einem stärkeren Bewusstsein für die Leiden der Bevölkerung als Opfer solcher Naturphänomene. Zu einer nennenswerten Verhaltensänderung in der Bevölkerung führten diese Erfahrungen allerdings noch nicht.

BEWERTUNG UND ENGAGEMENT IN DER KLIMAPOLITIK

Die rumänische Regierung hat der Aufgabe als Leiter des VN-Ausschusses für nachhaltige Entwicklung eine besondere Bedeutung zugemessen. Dieses Engagement baut auf der Überzeugung auf, dass der Klimawandel erhebliche Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung hat und der Kampf gegen Treibhausgase und Faktoren der Umweltverschmutzung von globaler Bedeutung ist. Die bisherigen internationalen Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels werden allerdings eher kritisch betrachtet. Die hohen Erwartungen an die Konferenz von Kopenhagen würden nicht erfüllt, obwohl es im Vorfeld der Konferenz durchaus die Hoffnungen gab, dass diese zu konkreten Ergebnissen führen werde. Offenbar war die Zeit für konkrete Ergebnisse noch nicht reif und die Konferenz auch nicht ausreichend gut vorbereitet. Die Konferenz von Cancún konnte das politische und öffentliche Vertrauen in das multilaterale System der Verhandlung der Problematik des Klimawandels dann teilweise wiederherstellen.

Die rumänische Regierung begrüßt die in Cancún vereinbarte Bildung eines Fonds zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern (Green Climate Fund). Die COP16 bekennt sich ausdrücklich zur besonderen Verantwortung der entwickelten Staaten bei der Mobilisierung des zur

Deckung der klimabezogenen Maßnahmen in den Entwicklungsländern notwendigen Finanzbedarfs von 100 Milliarden US-Dollar bis zum Jahre 2020. Ebenfalls begrüßt wird die geplante Schaffung des Cancún Adaptation Framework mit dem Ziel, die Folgen des Klimawandels in den Entwicklungsländern zu mindern.

Für die kommende Zeit bleibt aus rumänischer Sicht der Abschluss eines rechtskräftigen und umfassenden Abkommens im Bereich des Klimawandels ein Hauptziel der weiteren internationalen Verhandlungen. In diesem Sinne wirbt Rumänien für ein stärkeres Engagement der wichtigsten internationalen Akteure, insbesondere der entwickelten Länder und der größten Umweltverschmutzer, die ihren entsprechenden Pflichten in der Bekämpfung des Klimawandels nachkommen sollten.

Auf nationaler Ebene bildet die Frage der Energieversorgung einen Arbeitsschwerpunkt der rumänischen Regierung, auch weil die rumänischen Erdölvorkommen sich voraussichtlich in zehn bis 15 Jahren erschöpfen werden und man überdies mit einem erhöhten Energiebedarf nach der Wirtschaftskrise rechnet, um den steigenden Bedarf des Industriesektors zu decken.

Die jetzige rumänische Regierung fördert daher die Suche nach neuen Energiequellen und baut dabei auf Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen auf, wonach Rumänien über erhebliche Kapazitäten

für die Produktion von Windenergie an der Schwarzmeerküste verfügt. Ebenfalls im Zentrum der jetzigen Regierungsarbeit steht die notwendige Umstrukturierung des Energiesektors mit dem Ziel, die Energieversorgung zu diversifizieren und unterschiedliche Energieformen für die Energiegewinnung zu nutzen (z.B. Kohlen-, Wasser- und alternative Energiekraftwerke). Die Maßnahmen zur Förderung von Windenergie und von photovoltaischen Zellen sollen weiter unterstützt werden. In diesen Bereichen wurden bereits erfolgreiche Projekte umgesetzt oder sind auf dem Weg zur Umsetzung und weisen eine überdurchschnittliche Wirtschaftlichkeit auf.

Weiterhin auf nationaler Ebene verfolgt die rumänische Regierung die Einrichtung von Schutzgebieten im Rahmen des länderübergreifenden Programms Natura 2000 und unterstützt ganz ausdrücklich die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, die sich zunehmend mit der Bekämpfung der Auswirkungen der Fluten und mit dem Schutz gegen Desertifikation beschäftigen. Die Zivilgesellschaft leistet in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung einen immer wichtiger werdenden Beitrag in der Wiederaufforstung von Flächen und es besteht die Hoffnung, dass nach deutschem Beispiel die massive Entwaldung gestoppt und eine landesweite Wiederaufforstung erreicht werden kann, um im Interesse der kommenden Generationen eine Bewaldung von 33 bis 35 Prozent des Territoriums zu gewährleisten.

SPANIEN

Hans-Günter Kellner

KLIMAPOLITIK LEIDET UNTER SPANIENS WIRTSCHAFTSFLAUTE.

ENTWICKLUNG DER EMISSIONEN – BEWERTUNG DURCH DIE REGIERUNG

Als am 11. Dezember 1997 das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz unterzeichnet wurde, verpflichtete sich die Europäische Union zwar, ihre Emissionen gegenüber dem Stand von 1990 deutlich zu reduzieren. Allerdings gab sich die Union einen internen Verteilungsschlüssel (*burden sharing*) mit unterschiedlichen Anforderungen an die einzelnen Mitgliedstaaten. So wurden von einigen Ländern wie zum Beispiel Deutschland oder Luxemburg erhebliche Senkungen

erwartet, andere durften ihre Emissionen sogar weiter steigern. So sollte der Entwicklung von Industrie und Wohlstand jedes einzelnen Staates Rechnung getragen werden. Spanien durfte demnach seine Emissionen um 15 Prozent steigern.

Trotz des von der Union eingeräumten Spielraums dürfte Spanien zum Stichtag 2012 dieses Ziel weit verfehlen. Dem EU-internen Verteilungsschlüssel zufolge soll das Land bis dahin nicht mehr als 333.238 Tonnen Kohlendioxid ausstoßen. Dieser Wert wurde schon 1998 übertroffen. 2007 überschritt Spanien sein CO₂-Ziel für 2012 um rund 35 Prozent.¹ In den bisher

1 | Emissionsbericht der spanischen Regierung: http://www.mma.es/secciones/calidad_contaminacion/atmosfera/emisiones/pdf/Sumario_de_Inventario_Nacional_Emisiones_GEI_serie_1990-2008.pdf [02.09.2011].